

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

Demographie und Migration im Wandel

Die KAS veranstaltete gemeinsam mit der HDZ-Stiftung (ZHDZ) am 24. November 2015 in Zagreb eine Konferenz zur demografischen Entwicklung in Kroatien vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise. In Rahmen zweier Podiumsdiskussionen debattierten kroatische Experten und Politikern über die, als bedrohlich empfundene, demographische Zukunft Kroatiens und die großen Herausforderungen, denen sich Kroatien und die gesamte Region, angesichts der aktuellen Migrationsströme in Europa, ausgesetzt sehen.

Der Direktor der HDZ-Stiftung (ZHDZ) **Srecko Prusina** bedanke sich beim Publikum für das gezeigte Interesse an der Veranstaltung und verwies darauf, dass man nicht zufällig dieses Thema gewählt habe. Schon vor zwei Jahren habe man dieses Thema zu einem Schwerpunkt der eigenen Aktivitäten gemacht. Daraufhin hätte auch die HDZ ihre programmatischen Inhalte um diesen Aspekt ergänzt und würde diesen wichtigen Fragen jetzt deutlich mehr Raum geben. Auch die jüngsten terroristischen Anschläge in Paris hätten dem Thema noch eine besondere Bedeutung verliehen und auch Kroatien müsse diesen Aspekten jetzt immer mehr Bedeutung geben.

Der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung, **Dr. Michael A. Lange** ging zu Beginn noch einmal grundsätzlich auf Fragen der Demographie und Migration ein aus deutschem Blickwinkel ein. Migration habe es schon immer gegeben und erfahren kriegsbedingt nun allerdings eine besondere „Konjunktur“ in Südosteuropa. Sie erfolge leider trotz existierender europäischer Vereinbarungen, überwiegend unkontrolliert, was mit viel Unordnung und wachsenden Gefahren verbunden sei. Zar bemühe man sich momentan, die Kontrolle über diese

Migrationsströme zurückzugewinnen, aber weder alle EU-Mitgliedsstaaten noch die meisten Nicht-EU Mitglieder beteiligen sich an diesen Bemühungen. Was die in ganz Europa bedenklichen demographischen Tendenzen angehe, erscheinen ihm die Einwirkungsmöglichkeiten hier eher begrenzt, weil individuelle Rechte staatlichem Handeln gegenüberstehen. Der Kinderwunsch in einer Gesellschaft sei –wie auch der Fall Deutschland zeige- am ehesten durch eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Nur wenn junge Menschen in der Zukunft nicht Arbeitslosigkeit sondern ein erfolgreicher und dauerhafter Berufseinstieg bevorsteht, würden sie sich entscheiden Familien zu gründen und Kinder in die Welt setzen.

Der Vizepräsident des kroatischen Parlaments **Prof. Dr. Željko Reiner** vertrat dann ein weiteres Mal den in Koalitionsverhandlungen gebundenen HDZ-Parteivorsitzenden Tomislav Karamarko und verwies in seiner Einführung darauf, dass es Kroatien ohne seine Bürger nicht gebe, das Land nun aber einen kritischen Punkt erreicht habe. Im vergangenen Jahr wären in Kroatien weniger Kinder als je zuvor geboren worden und zwar nur noch knapp 39 000 Kinder. Dies sei die niedrigste Geburtenrate in der kroatischen Geschichte. Diesen wenigen Geburten stünden aber 52 000 Verstorbene gegenüber und die Diskrepanz zwischen der Anzahl der Neugeborenen und der Verstorbenen werde sich (bis zum Jahresende) noch weiter vergrößern. Die bisherige Regierung habe auf diesen Umstand keine Rücksicht genommen und es erscheine ihm zweifelhaft, ob sich diese Regierung wenigstens in der Zukunft mit diesem Thema auseinanderzusetzen bereit zeigen werde. Die HDZ sei sich jedoch der Gefahren eines solchen negativen demografischer Trends bewusst und habe in das eigene Wahlpro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

gramm Elemente eine Strategie gegen diese demografischen Tendenzen aufgenommen. Eine weitere große Herausforderung sei die Abwanderung vieler junger kroatischen Bürger, die wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage im Lande, gezwungen seien auszuwandern bzw. sich im Ausland auf die Suche nach einem Arbeitsplatz zu machen.

Dr. Alica Wertheimer-Baletić wies dann in der sich anschließenden Podiumsdiskussion darauf hin, was andauernde, negative demografische Trends für Kroatien bedeuten könnten. Kroatien habe im 20. Jahrhundert 2.640.000 Einwohner (Emigranten) verloren. Dank der Einwanderung aus Bosnien und Herzegowina sei diese Zahl jedoch relativiert worden. Das demographische Gleichgewicht Kroatiens hänge von drei wichtigen Faktoren ab, der wirtschaftlichen Wachstumsrate, der Bevölkerungsentwicklung und dem Migrationssaldo. In den Jahren zwischen 1981-1991 habe die Wachstumsrate der Bevölkerung nur noch 0.4% betragen und Kroatien müsse sich wohl eine andere demografische Politik geben.

Prof. Dr. Andjelko Akrap von der Universität Zagreb betonte, dass in Kroatien bei der Fortsetzung solch negativer Trends im Jahre 2050 etwa 600.000 Menschen weniger leben würden als heute. Alle Regionen Kroatiens mit Ausnahme den noch wachsenden Städten Zagreb und Zadar würden somit nicht nur eine große Zahl von Einwohnern verlieren, auch würde das Durchschnittsalter in Regionen wie Sisak stark steigen und bis zu 50% der Bewohner dann über 65 Jahre alt sein. Gleichzeitig würde der Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren um 35% zurückgehen während der Anteil der älteren Bürger um 85% steigen würde.

Dr. Roko Misetic von der Katholischen Universität Zagreb, kritisierte dann die fehlende Einwanderungspolitik Kroatiens. Es gebe einen klaren Zusammenhang zwischen Wachstum, Entwicklung und Demografie. Seiner Meinung nach würden Kinder in Kroatien zu sehr als Kostenfaktor und zu wenig als Geschenk Gottes bzw. als eine Bereicherung des Lebens angesehen. Dies sei Ausdruck einer zunehmend am Materiellen aus-

gerichteten Lebensplanung vieler junger Menschen, die er für falsch erachte.

Der Direktor des Rentenfonds PBZ Kroatien **Dubravko Stimac** äußerte sich dann auch besorgt über die Folgen der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der schwachen demografische Trends. Alle diese Entwicklungen würden schon in Kürze beginnen, sich negativ auf das kroatischen Rentensystem auszuwirken. Schon heute kämen in Kroatien nur noch 1,19 Beschäftigte auf einen Rentner. Dies erscheine nicht nur ihm langfristig als nicht nachhaltig, da ein solches Rentensystem ein Verhältnis, in dem drei Beschäftigte auf einen Rentner kämen, erfordere. Eine gute demografische Entwicklung sei eine Voraussetzung für ein nachhaltiges Rentensystem. Die prekäre Lage Kroatiens erkenne man auch daran, dass selbst wenn alle aktuell arbeitslose plötzlich einer Arbeit nachgehen und Beiträge einzahlen würden, trotzdem nur 80% der Mittel aufgebracht würden, die eine nachhaltige Sicherung der zukünftigen Renten ermöglichen würde.

Der Präsident des HDZ-Ausschusses für Familie und Jugend, **Stjepan Adanic** verwies dann darauf, dass die HDZ diesen demografischen Aspekten in ihrem Regierungsprogramm eine besondere Bedeutung gegeben habe. Er betonte, dass man hoffe, dass durch die dort skizzierten Maßnahmen schon im zweiten Jahr nach Einführung dieser Maßnahmen, einen Anstieg der Geburtenrate werde vermeiden können, wobei man hoffe dass dann im dritten und vierten Jahr die Anzahl der geborenen Kinder endlich wieder größer sei als die Zahl der Todesfälle.

Dr. Stjepan Sterc von der Universität Zagreb verwies dann auf Länder wie Irland und Israel, die ihre ebenfalls recht große Diaspora erfolgreich in die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes mit einbezogen hätten. Seiner Meinung nach, habe die aktuelle Regierung zu wenig Interesse gezeigt, sich mit diesem Thema zu befassen und die Diaspora entsprechend anzusprechen. Die Demografie eines Landes sei nun mal ein Schlüsselfaktor für dessen Entwicklung, und würde Einfluss nehmen darauf, wie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

Kroatien morgen aussehen werde. Er äußerte seine persönliche Unzufriedenheit mit vielen Politikern in Kroatien, weil er nicht verstehen könne, wie sie den Bevölkerungsschwund so ruhig hinnehmen könnten.

Mit Blick auf das Thema der zweiten Podiumsdiskussion: „Migration - Herausforderung für Kroatien und die EU“ betonte er dann, dass Kroatien sich nicht rechtzeitig auf die Migrationskrise vorbereitet habe. Von dieser Krise wären aber nicht nur Kroatien, sondern auch nahezu alle anderen EU-Mitgliedsstaaten ernsthaft betroffen. Kroatien habe als eines der Transitländer diese Situation sehr zu spüren bekommen. Die kroatische Regierung sei für die Sicherheit seiner Bürger verantwortlich und müsse die dazu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Kroatien hätte etwa 470 000 Migranten auf ihrem Weg zu anderen EU-Zielländern, durch das Land geschleust und er erwarte bis Ende des nächsten Jahres eine Steigerung dieser Anzahl auf insgesamt 2.8 Mio. Migranten.

Dr. Vice Batarele vom Verein Vigilare sprach dann über die verschiedenen Migrationspolitiken außerhalb der Europäischen Union. Er bemängelte vor allem, dass Kroatien und andere Südosteuropäische Länder in Gegensatz zur Amerika, Australien, Neuseeland und Kanada keine Einwanderungspolitik habe und deshalb auf mögliche Einwanderer gar nicht vorbereitet sei. Wollte man sich aber den demographischen Tendenzen entgegenstellen brauche man aber sicher auch eine vermehrte Einwanderung.

Prof. Dr. Ivan Rogic zeigte sich zu Beginn seines Beitrags besorgt darüber, dass diese überraschend große Migrationswelle Europe einen Stempel aufdrücken werde, den man auf Dauer erkennen werde. Würde man sich empirische Modelle der Integration ansehen, werde man sich schnell der Tatsache bewusst, dass eine erfolgreiche Integration so vieler Migranten nur sehr schwer zu erreichen sei, vor allem wenn man sie nicht einfach mit Assimilation gleichsetzen wolle.

Prof. Dr. Tihomir Cipek von der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zagreb betonte dann dass seiner Meinung

nach, Angst momentan nicht der Ausgangspunkt für politisches Handeln sein dürfte. Angstgefühle zu entwickeln sei zwar meistens durchaus sinnvoll, sie können aber sowohl Gutes aber auch Schlechtes bewirken. In der Politik sei Angst ein schlechter Ratgeber ja häufig sogar sehr gefährlich. Politik müsse immer auf einer rationalen Analyse der Situation beruhen, auch wenn diese Situation bei manchen ängstliche Gefühle wecke. Angst ist in der Politik fast immer ein schlechter Ratgeber weshalb man mehr mutige Politiker brauche, um die Lösung der Probleme resolut anzugehen. Das Errichten von Drahtzäunen an Grenzen ist weniger ein Zeichen von Angst, als vielmehr der resolute Versuch, wieder Ordnung in die Migrationsbewegungen zu bringen und die Kontrolle über die Einreise von Migranten zurückzugewinnen.

Dr. Caroline Hornstein Tomic wies anschließend darauf hin, dass eine moderne europäische Gesellschaft mit Blick auf die aktuellen Probleme mit der Migration von zahlreichen Flüchtlingen, sich in der Lage sehen sollte, die damit verbundenen Probleme offen und transparent anzusprechen, und zu allgemein akzeptablen Lösungen zu gelangen. Es sei zwar erkennbar, dass populistische und sogar extremistische Kräfte einen Aufschwung erleben, seit sie gegen diese Migrantenströme Stimmung machen, sie glaube aber dies sei nur ein vorübergehendes Phänomen. Sobald man diese überraschenden Migrationsströme in Europa administrativ besser in den Griff bekommen habe, werde sich die Situation und damit auch die Stimmung wieder verbessern bzw. normalisieren und man werde mit den Integrationsmaßnahmen beginnen können. Zwar stelle diese Integration für jede Gesellschaft eine große Herausforderung dar, aber gerade Deutschland habe bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass man mit einer großen Anzahl von Flüchtlingen durchaus erfolgreich umgehen und sie in die Gesellschaft integrieren könne.